Landeselternausschuss
der Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz

Betr.: „Zweckverband KommZB“

Die Landkreise und die kreisfreien Städte in RLP planen, einen „Zweckverband zur Koordinierung der Eingliederungs- und der Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland Pfalz“ zu gründen. Dieser Zweckverband soll die Aufgabe der Kommunen übernehmen, im Bereich der Eingliederungshilfe und der Jugendhilfe (dazu gehört das Kitagesetz) Verhandlungen über Rahmenvereinbarungen mit den Trägern zu führen. Dazu werden aktuell Beschlussvorlagen in die kommunalen Gremien eingebracht.

Der LEA RLP lehnt die Gründung des Zweckverbandes kategorisch ab und empfiehlt allen KEAs und STEAs in ihren örtlichen Jugendhilfeausschüssen für eine Ablehnung dieser Gründung zu werben.

Gegen den Zweckverband sprechen im Wesentlichen zwei Argumente:

1. Verlust des politischen Einflusses

Das Jugendamt besteht aus gutem Grund aus Verwaltung **und** Jugendhilfeausschuss. Im JHA als der „zweiten Kammer“ des Jugendamtes wirken nicht nur die Parteien sondern auch Sachverständige an der Beschlussfassung mit. Dazu zählen neben Trägerverbänden auch z.B. die Elternvertretungen.

Im Moment kann der JHA über die Verhandlungslinie des Jugendamtes beraten und Grundsätze mitbeschließen (Policy). Dadurch wird externer Fachverstand und auch politischer Einfluss der gewählten Stadtratsfraktionen einbezogen.

Aufgrund der vorgelegten Verbandsordnung wird zukünftig die Kommune nur durch ein einziges Mitglied (Beigeordneter oder Landrat) in den Gremien des Zweckverbandes vertreten. Sowohl die Fraktionen als auch die sachverständigen Gruppen verlieren schon formal juristisch jeden Einfluss auf dieses wichtige Politikfeld. Die Zustimmung zu der Gründung des Zweckverbandes führt zu einem massiven Machtzuwachs für die Verwaltung und einem Verlust an Transparenz und Einfluss.

Der Zweckverband bedeutet eine Selbstkastration für Kreistag/Stadtrat und Jugendhilfeausschuss. Elternvertretungen, die gerade erst durch das KitaG im JHA gestärkt wurden., sind außen vor.

2. Diktat der Betriebswirtschaft über die Fachlichkeit

Dort wo es (wie in Schleswig-Holstein) bereits ähnliche Strukturen gibt, zeigt sich eine ungute Entwicklung der Verhandlungsbeziehungen. Anstatt fachlich angemessene Lösungen zwischen Trägern und öffentlicher Hand zu verhandeln, werden die Verhandlungen diktiert von Sparsamkeits-Überlegungen. Wenn Juristen und BWLer mit ihrer „Brille“ den Blick auf die frühkindliche Bildung dominieren, ist die Qualität in ernster Gefahr. Daran ändert auch nichts, wenn Fachleute aus dem Bereich der sozialen Arbeit als Sachverständige mitwirken, solange die Verhandlungskultur BWL-geprägt ist.

Der Landesrechnungshof RLP zeigt seit Jahren mit seinen untauglichen Prüfberichten zum Kitabereich, wohin es führt, wenn Bildungseinrichtungen nur als „Sparschweine“ gesehen werden und alles auf das mindeste gesetzlich zulässige Niveau runtergefahren werden soll. Nach den Prüfberichten des Landesrechnungshof haben wir in RLP angeblich tausende Erzieher zu viel!!! Jeder Fachkundige weiß, dass das Unsinn ist – das zeigt gerade wieder die Corona-Krise. Tatsächlich fehlen Fachkräfte in den Kitas.

Zum Glück kann man bislang die Prüfberichte größtenteils ohne große Auswirkungen abheften und fertig. Wenn zukünftig die gleiche „Denke“ im Zweckverband die Verhandlungen prägt und gleichzeitig der mäßigende Einfluss der Politik und Fachkundigen vor Ort fehlt, droht ein schlimmes Spardiktat. Unsere Kinder wären die Leidtragenden.

Der Zweckverband bringt also große Gefahren mit sich – und ist noch dazu nicht nötig. Die in den Beschlussvorlagen beschriebenen „Überforderungen“ der Kommunen bestehen tatsächlich nicht. Die Verhandlungskooperationen können auch außerhalb einer juristischen Person als informelle Kooperation organisiert werden – und die beträchtlichen Kosten (laut der Verwaltungsvorlage der Stadt Mainz wird von einer jährlichen Umlage von 0,50 €-0,60 € pro Einwohner ausgegangen) dafür verwendet werden, Fachpersonal dafür (und damit auch Know how) in den Kommunen selbst aufzubauen – in Partizipation mit den anderen Akteuren im Bereich der frühkindlichen Bildung.